Uwe Danker: „Raus aus dem Elend“

Selbstverortung und Programmatik schleswig-holsteinischer Nachkriegspolitik in sozialdemokratischer Regie

Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine mit Belegen ergänzte Fassung eines ansonsten direkt übernommenen Vortrags, den der Autor am 6. Juni 2007 im Rahmen einer Feierstunde zur 60-jährigen Kontinuität der SPD-Landtagsfraktion gehalten hat.

1. Was eigentlich gibt es hier zu feiern, zu bereden? Staatstragendes wurde bereits im Rahmen des offiziellen Festaktes des Landtages vorgebracht. Und Traditionsbildung, kritikfreie Festrednerei, ja Heroisierung sozialdemokratischer Fraktionsarbeit wird man von einem Historiker nicht erwarten. Wir wählen gern die Distanz, und auch sicheren Boden. Der Forschungsstand aber ist – so paradox es klingen mag – nur für die Anfangsjahre unseres Bundeslandes gut. Das meiste, was ich sagen könnte über 60 Jahre SPD-Landtagsfraktion, wäre reine Chronistik und damit langweilig und wertlos.

Ich konzentriere mich auf die erste kurze Legislaturperiode, auf das Projekt alleiniger sozialdemokratischer Regierungstätigkeit zwischen 1947 und 1950. Die Quellenbasis ist breit, auch die vorliegende Literatur ergiebig. Neben dem verstorbenen verehrten konservativen Historiker Kurt Jürgensen möchte ich insbesondere Holger Martens nennen, dessen Doktorarbeit über die SPD Schleswig-Holsteins 1945 bis 1959 sehr viel Informationen und Einordnungen bietet, die ich neben einer Reihe anderer Beiträge ergiebig auswerten konnte.

Eine letzte Vorbemerkung: Was Historiker liefern, ist nicht objektive Darstellung der Vergangenheit, erst recht nicht umfassend. Nein, es handelt sich lediglich um Versuche der Rekonstruktion, manchmal der Konstruktion. Um es direkt zu sagen, aus dem Fundus dessen, was mir an Quellen und Literatur vorlag, wählte ich aus, was ich für diesen kurzen Beitrag für erwähnenswert und diskussionswürdig erachtete. Jeder andere hätte es ganz anders gemacht.

2. Mit der Kapitulation im Mai 1945 war alle Staatsgewalt an die Alliierten Siegermächte übergegangen; für Schleswig-Holstein hieß das britische Besatzungshoheit. Die Briten wollten eine stabile Demokratie importieren, Umerziehung und Entnazifizierung, Verwaltungssicherung und Demokratisierung bildeten die Leitlinien.[1] Die Aufgaben schienen kaum lösbar: Ernährung einer Region, deren Bevölkerung durch Flüchtlinge um 70 Prozent angestiegen war; Wiederaufbau und Konversion einer stark auf Kriegsproduktion ausgerichteten Wirtschaft; Rekonstruktion von Verwaltung, Justiz und Bildungssystem, Neuaufbau eines demokratischen Gefüges von unten. Und es war auch Rücksicht auf die eigene Bevölkerung zu Hause zu nehmen, die nach einem existentiellen Krieg auch Strafjustiz und Entmilitarisierung sowie jedenfalls keine überbordenden Besatzungskosten und Nettotransfers wollte.

Im Herbst 1945 ernannten die Briten erste Gemeinde- und Kreis- und Ratsvertretungen. Angehörige des Öffentlichen Dienstes wurden im bürokratischen Massenverfahren ‘entnazifiziert’. Von Beginn

1 Vgl. auch zum folgenden Kurt Jürgensen: Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein, Neumünster 1998(2); ders.: Die Briten in Schleswig-Holstein 1945-1949, Neumünster1989.

Plakat zur Landtagswahl 1947

an neigten die Besatzer dazu, benötigte qualifizierte Fachkräfte weiter zu beschäftigen und insgesamt tolerant vorzugehen. Zum wichtigsten Repräsentanten ernannte die Militärregierung im November 1945 Theodor Steltzer, eine integre bürgerliche Integrationsfigur. Er war Landrat in Rendsburg gewesen, von den Nationalsozialisten entlassen worden, zum Widerstand des Kreisauer Kreises gestoßen, sogar zum Tode verurteilt worden und zählte 1945 zu den Begründern der CDU.

Im September 1945 wurden politische Parteien zugelassen, sofort entstanden die organisatorisch vorbereiteten SPD und KPD, die trotz einiger Diskussionen um die Einheitsparteifrage nicht zusammen gingen:[2] Die regionale SPD-Führung stand zum Abgrenzungskurs des SPD-Vorsitzenden in der britischen Zone, Kurt Schumacher. Die entstehende CDU band liberal-bürgerliche, konservative und christlich-soziale Gruppierungen.[3] Außerdem entstanden die –

2 Vgl. Detlef Siegfried: Zwischen Einheitspartei und „Bruderkampf". SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46 (Sonderveröffentlichungen des Beirats für Geschichte, Band 12) Kiel 1992.

3 Vgl. Peter Wulf: „Sammlung rechts von der Sozialdemokratie". Geschichte der CDU in Schleswig-Holstein 1945/46, in: ZSHG 127 (2001), S. 119-156.

Plakat zur Landtagswahl 1947

zunächst rechtslastige – FDP und die noch weiter rechts stehende ‘Deutsche Partei’. Weder eine Flüchtlingspartei noch eine Partei der dänischen Minderheit wurden zugelassen, gerade weil sie erhebliche Partikularinteressen repräsentiert hätten: Die dänische Volksgruppe erfuhr in diesen Jahren einen gewaltigen Zulauf von 'Neudänen', die sich für einen Anschluss Schleswigs an den nördlichen Nachbarstaat stark machten; 1948 sollte der SSV, der Südschleswigsche Verein (dänisch: SSF), 75000 Mitglieder zählen.[4]

Im Februar 1946 berief die britische Militärregierung den ersten Provinzialausschuss, der als ‘erster ernannter Landtag’ in die Geschichte einging. Monate später, im August 1946, wurde Schleswig-Holstein dann offiziell ‘Land’ und Steltzer Ministerpräsident. Im September 1946 fanden die ersten freien kommunalen Wahlen statt: Die Demokratie sollte von unten wachsen. Nach dem Wahlergebnis korrigierte man die personelle Zusammensetzung des Landtages.

4 Vgl. Uwe Danker: Südschleswig 1945-1955. Vom letzten Kampf um Südschleswig zum dauernden Grenzfrieden, (Labskaus Nummer 7 hrsg. von der Landeszentrale für Politische Bildung), Kiel 1997.

Gebildet wurden jeweils Große Koalitionen, in denen Vertreter von CDU und SPD, anfangs auch KPD, Wiederaufbau und Neubeginn sicherten.

Arbeit sozialdemokratischer Abgeordneter hieß also von Beginn an Stützung von Regierungsarbeit. Sie delegierten Minister in die Kabinette Steltzer, ebenfalls rasch mussten auch die personellen Strukturen geschaffen werden. Wer würde zur Führungselite der SPD gehören, wer die personelle Spitze bilden? Bald sah sich der Bezirksvorsitzende Wilhelm Kuklinski als zu wankelmütig eingeschätzt und in den Hintergrund gedrängt.[5] Man umwarb den integren, politisch und administrativ erfahrenen, während der NS-Zeit massiv verfolgten gebürtigen Lübecker Hermann Lüdemann aus Berlin und delegierte ihn in das Landeskabinett.[6] Als eigentliche Führer der regionalen Sozialdemokratie galten Ende 1946 der Elmshorner Kaufmann Erich Arp und der Kieler Journalist und Bürgermeister Andreas Gayk,[7] der inzwischen auch die Landtagsfraktion führte.

Der Wiederaufbau der Parteiorganisation ist zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen, der Streit um eine Einheitspartei Geschichte, die Sozialdemokratie im deutsch-dänischen „Grenzkampf“ auf der national-deutschen Seite aufgestellt – und durch den von Kurt Schumacher vollzogenen Ausschluss des kompletten SPD-Kreisverbandes Flensburg frei von dänisch gesinnten Abweichlern. Anfang 1947 geht die Sozialdemokratie organisatorisch und personell gut aufgestellt in den Landtagswahlkampf.

3. Organisator und Hauptstratege des Landtagswahlkampfs ist Erich Arp. Er will die Öffnung in neue Wählerschichten versuchen, nach dem Motto: „Ein ehrlicher Christ ist Sozialist und arbeitet mit der SPD für den Sozialismus.“[8] Die SPD solle ihre friedensfördernden internationalen Kontakte herausstellen sowie die Flüchtlingsfrage, die Sozialisierung und die Bodenreform in den thematischen Mittelpunkt rücken. Hauptslogan des Wahlkampfes wird der bereits 1946 im Kieler Kommunalwahlkampf erprobte Ausruf „Raus aus dem Elend!“

Die Plakatwerbung der Landes-SPD fügt sich in dieses strategische Konzept ein: Die noch stark in der Weimarer Sprache des politischen Plakats verwurzelte Grafik spiegelt ein auch optisch überzeugendes und einheitliches Konzept der Wahlkampfführung. „Raus aus dem Elend“, „Sozialisierung“, „Bodenreform“, „Rechte der Heimatlosen“ stehen im Zentrum, kriegsgefangene Soldaten, für deren Heimkehr die SPD kämpfe, „Aussöhnung mit der Welt“ und schlicht „Menschlichkeit“ bilden positiv besetzte Öffnungsformeln, um schließlich mit Weizenähren und rauchenden Schornsteinen landestypisch „Wir bauen neu auf ...“ Sozialdemokratie und Aufbruch zu verknüpfen.Hinter der Programmatik lässt sich die Feder von Andreas Gayk erkennen. Wir können von einem ‘Konzept aufbauenden gesellschaftlichen Umbruchs’ sprechen.

5 Vgl. Holger Martens: Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Schleswig-Holstein 1945 bis 1959, 2 Bände (Sonderveröffentlichungen des Beirats für Geschichte Band 19), Malente 1998, S. 337ff.

6 Vgl. Rolf Fischer: Hermann Lüdemann und die deutsche Demokratie, Neumünster 2006, S. 132f.

7 Vgl. Landtagsfraktion der SPD (Hrsg.): Andreas Gayk 1893-1954, Kiel 1993; Jürgen Jensen und Karl Rickers (Hrsg.): Andreas Gayk und seine Zeit. Erinnerungen an den Kieler Oberbürgermeister, Neumünster 1974.

8 Zit. nach Martens (wie FN 5), S. 348; vgl. ebenda 348ff.

Plakat zur Landtagswahl 1947

Am 20. April 1947 ist Wahltag. Gewählt wird nach einer Kombination von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht: 42 Abgeordnete direkt, 28 über Landeslisten. Da der relative Stimmenausgleich nur Parteien zugute kommt, die mindestens ein direktes Mandat erzielen, bevorzugt dieses Wahlrecht große Parteien. Die SPD geht mit 43,8 Prozent der Stimmen als klarer Sieger hervor, die CDU erzielt 34,1 Prozent und der Südschleswigsche Verein immerhin 9,3 Prozent; alle übrigen scheitern. Begünstigt durch das Wahlrecht erhält die Sozialdemokratie 34 Sitze, fast zwei Drittel aller Mandate![9] Den zeitgenössischen Analysen der Briten folgend, sieht Martens neben dem funktionierenden Parteiapparat und bereits populären Landespolitikern zwei besondere Ursachen für den Wahlsieg: Der Versuch der Öffnung habe zahlreiche „Proteststimmen“ eingebracht und Flüchtlinge und Vertriebene hätten mehrheitlich sozialdemokratisch votiert.[10]

9 Vgl. Uwe Danker: „Raus aus dem Elend.“ 20. April 1947: Der erste gewählte Landtag, in: drsb.: Die schleswig-holsteinische Jahrhundertstory, Band 1 (von 3), Flensburg 1998, S. 248-267.

10 Vgl. Martens (wie FN 5), S. 353ff.

Der Wahlkampf war ohne Spitzenkandidaten, rein themenbezogen geführt worden. Als ‘natürlicher Kandidat’ stand Hermann Lüdemann fest, jetzt aber drängten Mitglieder darauf, dass der bekanntermaßen gar nicht wollende Andreas Gayk die Rolle des Ministerpräsidenten übernehme, auch Wilhelm Kuklinski hatte noch Ambitionen.[11] Gayk wollte weiterhin nicht und Lüdemann setzte sich klar durch. Darauf beauftragte der Zivilgouverneur „den lieben Minister Lüdemann“ mit der Regierungsbildung, die natürlich zu genehmigen wäre. Der „ergebene Lüdemann“ kommunizierte ihm darauf die Kabinettsliste: Er selbst werde Ministerpräsident und Minister des Innern sein, Bruno Diekmann Landesminister für Wirtschaft und Verkehr und stellvertretender Ministerpräsident, Richard Schenck, Landesminister der Finanzen, Erich Arp Landesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Wilhelm Kuklinski Landesminister für Volksbildung, Kurt Pohle Landesminister für Wohlfahrt und Arbeit. Das Kabinett stand, Koalitionsüberlegungen hatte man in Anbetracht der Zahlen sofort beerdigt, und am 8. Mai trat der Landtag zur konstituierenden Sitzung zusammen. Die fürsorgliche Aufsicht des Gouverneurs äußerte sich an diesem festlichen Tag auch in seiner Ansprache. Übrigens wirklich ein noch heute lesenswertes Konzept.[12]

Aber noch während Lüdemann ganz kurz antwortete, verließ der Zivilgouverneur, wie das Protokoll festhält „mit seinem Gefolge den Sitzungssaal“.[13] So blieb ihm erspart, später Andreas Gayks im Namen der SPD-Fraktion vorgetragene Begrüßung der ersten Regierungserklärung zu hören, in der es selbstbewusst heißt: „Wenn wir also in Schleswig-Holstein zu einer echten Selbstverwaltung kommen wollen, dann dürfen die Minister dieses vom Volke gewählten Landtages keine Befehlsempfänger der Militärregierung, dann müssen sie die Exponenten eines festen politischen Willens des Schleswig-Holsteinischen Landtages sein.“[14]

4. Den politischen Großwetterrahmen für die Regierungszeit bildeten der beginnende Kalte Krieg, der Marsch der Besatzungszonen in die deutsche Teilung, die Währungsreform des Juni 1948, die Blockade Westberlins mit der Luftbrücken-Erfahrung, die Entwicklung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat, wo unter anderem auch Andreas Gayk und Hermann Lüdemann mitwirkten, die Gründung zweier deutscher Staaten sowie im August 1949 die erste, für die SPD so enttäuschend verlaufende Bundestagswahl.

Mehr als 100 Gesetze brachten SPD-Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion in dieser ersten, auf drei Jahre befristeten, konfliktreichen Legislaturperiode in das parlamentarische Verfahren ein.[15] Fleiß und Aufbauwille dokumentieren sich darin ebenso wie der von Andreas Gayk auf dem Bezirksparteitag 1948 beschworene „Umbau der Gesellschaft“. Konturierende Eckpfeiler sollten Sozialisierung, Boden- und Schulreform bilden. Andere Gesetzesinitiativen trugen eher pragmatische Züge, so das Kleingartengesetz, das

11 Vgl. Fischer (wie FN 6), S. 146-151.
12 Vgl. Wortprotokoll der Eröffnungssitzung des ersten gewählten schleswig-holsteinischen Landtages am 8. Mai 1947, S. 3-10.
13 Wortprotokoll (wie FN 12), S. 10.
14 Wortprotokoll (wie FN 12), S. 29.
15 Vgl. Jürgen Hartwig Ibs: Landtage in Schleswig-Holstein 1946-1996. Ernannt und gewählt, S. 28-39, Kiel 1996; Erich Maletzke und Klaus Volquartz: Der schleswig-holsteinische Landtag, Kiel o.J. (1987) S. 39-62; Fischer (wie FN 6), S. 150-164.

Plakat zur Landtagswahl 1947

allen Stadtbewohnern das Recht einräumte, auf kleinen Parzellen Nahrung zur eigenen Versorgung erzeugen.

Die massive öffentliche Wohnungsbauförderung sollte der Wohnraumnot begegnen, denn die beispiellos hohe Zahl von Zugereisten – Evakuierten, Flüchtlingen und Vertriebenen – bestimmte die Lage auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt des jungen Landes: Hatte es 1939 noch 1,5 Millionen Einwohner, zählte man 1947 2,7 Millionen, das spiegelte einen Bevölkerungsanstieg um 70 Prozent! Schleswig-Holstein war mit weitem Abstand das Land mit dem höchsten Flüchtlingsanteil.[16]

Frühzeitig setzte die SPD-Flüchtlingspolitik auf eine Kombination von Integration und Umsiedlung in wirtschaftlich stärkere Regionen der entstehenden Bundesrepublik. Das vom Landtag 1947 verabschiedete „Flüchtlingsnotgesetz“ zielte schon auf eine Eingliede-

16 Vgl. Uwe Danker: „Wir wollen soziale Gerechtigkeit.“ Flüchtlinge und Heimatvertriebene in Schleswig-Holstein, in: drsb.: Die schleswig-holsteinische Jahrhundertstory, Band 1 (von 3), Flensburg 1998, S. 128-147.

rung, bevorzugte Flüchtlinge bei der Wohnungsversorgung, Existenzgründung und Arbeitsplatzsuche. Im Bericht über das erste Regierungsjahr heißt es apodiktisch: „Die Hoffnung auf baldige Rückkehr der Ostdeutschen in ihre Heimat hat sich als Illusion erwiesen.“[17] Obwohl diese frühe Erkenntnis fraglos richtig war, mochten viele Betroffene genau das nicht hören. Diese Ehrlichkeit erwies sich in einer Zeit, in der Vertriebenenverbände noch mit verbaler Militanz die Heimkehr propagierten, als psychologisches Problem. Es bildet, wie ich meine, die Erklärung dafür, dass genau diese Klientel, die zunächst mehrheitlich für die SPD votiert hatte, umschwenkte und später den Machtverlust besiegelte.

Zudem scheiterten alle Bemühungen der Landesregierung, noch in den 1940er Jahren Verabredungen über Umsiedlungen zu treffen, an der Starrheit der besser situierten Länder. So verlief die ‘Segeberger Flüchtlingskonferenz’, an der im Juli 1947 die Fachminister aller Länder der ‘Bizone’ teilnahmen, ergebnislos. Walter Damm, Landesminister für Umsiedlung und Aufbau, erklärte in einer außerordentlichen Landtagssitzung am 28. September 1948: „Das Ergebnis all unseres Bemühens ist so niederschmetternd, daß mir ein höflicher Ausdruck fehlt, der scharf genug wäre, um das Versagen und den Egoismus der anderen Länder treffend zu kennzeichnen.“[18] Erst mit bundespolitischem Druck der Regierung Adenauer setzten 1950 Umsiedlungsvorhaben ein – für diese Landesregierung zu spät.

Der wirtschaftspolitische Ausgangspunkt war schwierig:[19] Energie- und Nahrungsknappheit, nur langsames Ingangkommen der Betriebe, Verlust von allein 100 000 Arbeitsplätzen durch Zerstörung der Rüstungsproduktion lieferten Eckdaten der als „Zuteilungswirtschaft“ zu bezeichnenden Ökonomie des Landes. Indes, Not steigert hin und wieder die Eigeninitiative: Bis zur Währungsreform im Sommer 1948 arbeiteten in Schleswig-Holstein wieder etwa 2500 Industriebetriebe, allein 1040 von ihnen stellten Neugründungen dar, davon die Hälfte geführt von Zuwanderern, die beispielsweise mit der Glasbläserei in Trappenkamp Arbeitsfelder etablierten, die bis dato hier nicht heimisch waren.

Lüdemann setzte auf Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, um die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten Schleswig-Holsteins zu verbessern. Aber als eigenständiges Land hielt er es nicht für lebensfähig: Immer wieder propagierte er sein Land „Unterelbe“, das den Stadtstaat Hamburg und Teile Niedersachsens einbeziehen sollte. In Hamburgs Bürgermeister Max Brauer (SPD) fand er einen entschiedenen Gegner. Auch in Kiel stieß Lüdemann auf Widerstand, insbesondere bei Andreas Gayk. Mitte 1948 aber unterstrich die Währungsreform, was Lüdemann zeitgleich in seiner Denkschrift „Die Not eines Landes !“ ausführte: Mit dem Wegbrechen des Währungsüberhanges gingen weitere Arbeitsplätze verloren, und zwar für einen spürbaren Zeitraum, auch wenn die Erinnerung der Westdeutschen mit dem Bildern der über Nacht wieder gefüllten Schaufenster und des Wirtschaftswunders der 50er Jahre dieses Phänomen verdrängt hat. Bis zum Februar 1950 stieg die Zahl der Ar-

17 Regierungsamtliche Broschüre: Ein Jahr sozialdemokratische Regierungspolitik in Schleswig-Holstein, Kiel 1948, S. 48.

18 Dietrich Vorpahl: Die Segeberger Flüchtlingskonferenz 1947, in: ZSHG 107 (1982), S. 291-326, hier: 314.

19 Vgl. Henning Loose: Wir bauen auf! Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein 1947-1950, in: DG VII, Kiel 1991, S. 243-260; Martens (wie FN 5), S. 422-435.

Plakat zur Landtagswahl 1947

beitslosen in Schleswig-Holstein auf 250 000, mithin knapp 30 Prozent an. Schleswig-Holstein war tatsächlich zu einem Armenhaus geworden und es gab Anlass, die Lebensfähigkeit als Bundesland zu bezweifeln.

Parallel propagierte die Landtagsmehrheit mit Bodenreform und Sozialisierung eine freiheitlich sozialistisch ausgerichtete Ökonomie, oder wie es das Protokoll des Bezirksvorstandes formulierte, Schleswig-Holstein solle „ein neues sozialistisches Land“ werden.[20] Wirtschaftliche Demokratisierung erfordere Mitbestimmungsrecht sowie die Überführung von Grundindustrien in das Gemeineigentum. Das Sozialisierungsgesetz, im August 1947 mit den Stimmen der SPD-Fraktion verabschiedet, hätte die Heider Erdölwerke, die Portland-Zementfabriken sowie das Hochofenwerk Lübeck-Herrenwyk und einige große Verkehrsbetriebe betroffen; andere Industrieunternehmen, an die man denken könnte, fielen noch unter das Pro-

20 Vgl. Jenspeter Rosenfeldt: „Nicht einer ... viele sollen leben!“ Landreform in Schleswig-Holstein 1945-1950 (Sonderveröffentlichungen des Beirats für Geschichte Band 9), Kiel 1991; Loose (wie FN 19).

duktionsverbot. Die britischen Besatzungsbehörden verhinderten das Inkrafttreten dieses Gesetzes, und zwar auf Dauer. Auch die ‘Bodenreform’ stieß auf Widerstand. Neusiedlerstellen in der Landwirtschaft wollte die Regierung schaffen. Betriebe mit mehr als 100 Hektar Wirtschaftsfläche sollten „unter gerechter Entschädigung“ ihren Anteil über dieser Marke verlieren. Eine Erhebung zeigte, dass 66 Eigentümer 537 Betriebe dieser Größe besaßen. Der Opposition galt die Bodenreform als Weg „zu Kollektivismus und Kolchosenwirtschaft“. Das Gesetz trat dann zwar in Kraft, wurde aber nie angewandt, weil die Grundbesitzer ein Abkommen unterzeichneten, das 30 000 Hektar – etwa 30 Prozent der beabsichtigten Fläche – als freiwilliges Abgabeland umfasste.

Mit diesen gestalterischen Grenzen wuchs dem Kampf gegen Demontagen eine besondere Symbolkraft zu; für Kiel mit seiner tradierten rüstungswirtschaftlichen Monostruktur bildete er eine Überlebensfrage.[21] So kann es nicht überraschen, dass Andreas Gayk den Kampf gegen die Demontagen zur Chefsache erklärte, sich förmlich darin verbiss. „The little Hitler of Kiel“, wie die Besatzer ihn nannten, persönlich führte die Protestaktionen an. Im April 1947 erklärte Gayk in einer Parteivorstandssitzung: „Kein deutscher Arbeiter dürfe eine Hand rühren, wenn demontiert werden soll. Wir sollen keine wehklagende Partei werden, sondern voraus denken und kämpfen. Wenn wir beispielsweise in Schleswig-Holstein feststellen, dass wir nicht regieren können, schlagen wir die Tür mit einem Knall zu, dass jeder Wähler es begreift.“[22] Gayk verband so den Kampf gegen die Demontagen mit dem Macht- und Regierungsanspruch.

Am 28. November 1948 brachte Gayk im Bezirksvorstand eine Entschließung durch, in der es heißt: „Wenn man den demokratischen Kräften in Deutschland keine wirtschaftliche und politische Chance gibt, stärkt man nicht die deutsche Demokratie, sondern man untergräbt das Fundament ihres Aufbaus. … Die Politik der englischen Regierung zwingt alle Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein ihren gesellschaftlichen Verkehr mit den Besatzungsmächten auf das dienstlich erforderliche Maß zu beschränken und sich an den Veranstaltungen des deutsch-englischen Clubs nicht zu beteiligen.“[23] Damit fanden Parteispitze und bald auch die Landtagsfraktion eine ganz neue Form des zivilen Ungehorsams: Sozialdemokraten verkehrten nicht mehr mit britischen Besatzern, jedenfalls nicht freiwillig.

Die Spannungen erreichten ein erhebliches Maß. Lebenslange Demokraten wie Andreas Gayk sahen keinen Anlass zum Buckeln, auch die Briten aber blieben stur. Am 7. Dezember 1948 fand die Zerstörung der TVA in Eckernförde statt, während in Kiel 20 000 Menschen mit Oberbürgermeister Gayk an der Spitze demonstrierten. Der gesellschaftliche Boykott führte immerhin zu Gesprächen mit dem Zivilgouverneur, so dass der Konflikt schließlich ohne totalen Gesichtsverlust einer der beiden Seiten beendet werden konnte. Etwa 25 Prozent der ursprünglich auf dem Kieler Ostufer für Sprengung vorgesehenen Anlagen und Gebäude blieben verschont, als die

21 Vgl. Martens (wie FN 5), S. 382-392.
22 Zit. nach Martens (wie FN 5), S. 383.
23 Zit. nach Martens (wie FN 5), S. 392.

Plakat zur Landtagswahl 1947

Demontagen 1950 endeten. Es ist eine Frage der Perspektive, wie man diese Zahl bewertet.

So paradox es klingen mag, wenn man Zitate von SPD-Spitzenpolitikern im Grenzkampf auflistet:[24] Ausgerechnet die Verständigung mit der Dänischen Minderheit in Südschleswig gehört zu den unstrittigen Erfolgen der SPD-Regierungspolitik. Die ‘Kieler Erklärung’, allerdings nicht nur durch politische Einsicht, sondern auch auf nachdrücklichen ‘Wunsch’ der Briten zustande gekommen, markierte 1949 die Wende in den Auseinandersetzungen im nördlichen Landesteil: Mit dem genial einfachen Gesinnungsprinzip „Däne ist, wer Däne sein will“ legte man das Fundament für die 1955 besiegelte endgültige Verständigung und sicherte die Rechte der dänischen Minderheit.

Im Bereich der Vergangenheitspolitik verabschiedete der Landtag 1948 ein eigenes Entnazifizierungsgesetz.[25] Die unpopuläre und

24 Vgl. Danker (wie FN 4), S. 11-16.

25 Vgl. Uwe Danker: „Vergangenheitsbewältigung“ im frühen Land Schleswig-Holstein, in: Landeszentrale für Poltische Bildung (Hrsg.): Die Anfangsjahre des Landes Schleswig-Holstein (Labskaus Nummer 10), Kiel 1998, S. 26-43.

psychologisch nicht geschickt gehandhabte politische Säuberung stellte auch für Sozialdemokraten kein Offensivthema dar. Akteure wie Gayk, Lüdemann und Käber setzten eher auf eine demokratisch orientierte Personalpolitik in der öffentlichen Verwaltung des Landes, wobei sie mit den gleichen Zielkonflikten zu kämpfen hatten wie zuvor die allein verantwortlichen Briten: Der Bedarf an demokratischen und professionellen Fachleuten war größer als das Angebot, während ehemalige NS-Beamte mit Rehabilitierungspapieren zurück in den Öffentlichen Dienst strebten und – ob tätig oder nicht – den öffentlichen Haushalten zur Last fielen. Es geriet zum makabren Treppenwitz der Geschichte, dass der jüdische Remigrant Rudolf Katz in seiner Eigenschaft als Landesjustizminister zahlreiche Wiedereinstellungen von NS-belasteten Juristen zu verantworten hatte. Denn aufgrund des Mangels an qualifizierten Bewerbern wurde hier die so genannte Huckepack-Regel besonders krass angewandt: Je ein unbelasteter neu Eingestellter schulterte zwei Belastete, die in den Öffentlichen Dienst zurückkehrten. Auf dem Gebiet der Wiedergutmachung erlittenen Unrechts während der NS-Zeit erwies sich die SPD-Landespolitik im Vergleich zu ihren Nachfolgeregierungen noch als engagiert und großzügig, so gering die Almosen auch tatsächlich ausfielen, die man NS-Opfern zugestand.[26]

Erfolgreich agierten Landesregierung, vertreten durch Volksbildungsminister Wilhelm Kuklinski, und Landtagsfraktion, repräsentiert von Elly Linden, auf dem Gebiet der Schulreform. Linden charakterisierte sie im Landtag: „Es ist nicht nur eine pädagogische Veränderung, sondern eine soziale Revolution. Wir wollen gesundes, frisches Blut in diesen kranken Volkskörper hineinführen und nicht abwarten, bis die kranken Säfte so weit um sich gegriffen haben, bis nichts mehr zu ändern ist. Mit anderen Worten: Es geht der SPD darum, die Bildung der breiten Volksschichten zu verbessern.“[27] Das Schulreformgesetz vom 5. März 1948 führte die Schul- und Lernmittelfreiheit ein und verlängerte die gemeinsame Grundschulzeit von vier auf sechs Jahre, denn die „frühzeitige Trennung der Jugend, die psychologisch und pädagogisch nicht gerechtfertigt und gesellschaftlich und nationalpolitisch gefährlich ist“, müsse aufgehoben werden. Obwohl begleitend massiv in Schulraumbau und Lehrerstellen investiert wurde, blieb die sechsjährige Grundschule eines der zentralen Konfliktthemen in Schleswig-Holstein. Mit Blick auf ihre bürgerliche Klientel zu Recht und mit Erfolg machten bürgerliche Parteien das Thema als Gleichmacherei und Behinderung der Leistungsstarken zu einem Wahlkampfschlager, der zum Evergreen wuchs.[28]

Da nützte es auch nichts, dass die Regierung Erfolge in der Jugendpolitik aufweisen konnte: Das von ihr geschaffene Jugendaufbauwerk, das 1949 mit fast 3500 Maßnahmen Jugendlichen zwischen Schule und Lehrstelle Grundlehrgänge und persönliche Reifung bot, arbeitete am Ende der Legislaturperiode mit 137 Einrichtungen im Lande. Eine wirkliche und nachhaltig wirkende Präventions- und Förderleistung, die kaum hoch genug eingeschätzt werden

26 Vgl. Heiko Scharffenberg: Sieg der Sparsamkeit. Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Schleswig-Holstein, Bielefeld 2004.
27 Zit. nach Danker (wie FN 16), S. 256.
28 Vgl. Martens (wie FN 5), S. 425f.

Plakat zur Landtagswahl 1947

kann, wenn man bedenkt, dass im Winter 1950 29 000 Lehrstellen fehlten ![29]

1949 verabschiedete der Landtag eine Landesverfassung, die, um ihre Vorläufigkeit für ein als nicht lebensfähig erachtetes Land zu betonen, ‘Landessatzung’ genannt wurde und den Auflösungsartikel 53 (2) enthielt. Aufgrund massiver Konflikte zwischen den Fraktionen, eines laufenden Untersuchungsausschusses sowie auch deshalb, weil die SPD-Fraktion erklärtermaßen mit Boden- und Schulreform in der Verfassung sehr Strittiges auf Dauer abzusichern gedachte, verweigerte sich die CDU-Fraktion den Ausschuss-Beratungen und der endgültigen Abstimmung am 13. Dezember 1949.[30] Es stehe der Mehrheitsfraktion nicht zu, mit einfacher Parlamentsmehrheit ein Verfassungswerk zu verabschieden, dass später nur mit Zweidrittel-Mehrheiten noch zu ändern wäre. Ein nicht von der Hand zu weisendes Argument !

29 Vgl. Martens (wie FN 5), S. 431.
30 Vgl. Martens (wie FN 5), S. 434f.

5. Blicken wir auf das, was in Politik und Zeitgeschichte am meisten Spaß macht, auf Personalia.

Der Neubeginn der SPD fand unter markanten Rahmenbedingen statt: Viele Mitglieder der alten Parteielite, etwa Otto Eggerstedt und Wilhelm Spiegel, oder die Lübecker Julius Leber und Fritz Solmitz, um nur vier Namen zu nennen, waren der NS-Gewaltherrschaft zum Opfer gefallen. Gleichwohl waren alle, die im ersten Nachkriegsjahrzehnt in der Partei den Ton angaben, bereits vor 1933 in der Parteiarbeit sozialisiert worden.

Wir müssen bedenken: So total die deutsche Niederlage war und so furchtbar die NS-Gewalt auch in der politischen Verfolgung nicht zuletzt gegen Sozialdemokraten gewütet hatte, die Weimarer Demokratie war noch sehr präsent. Im April 1947 lag das Verbot der Sozialdemokratie nur vierzehn Jahre zurück, das ist erheblich weniger, als uns heute vom Mauerfall trennt. Das Kriegsende war genau zwei Jahre her; unsere Kanzlerin regiert schon länger. Das nur, um ein Gefühl für Zeitabläufe zu gewinnen !

Es lag also nahe, personell und kulturell dort anzuknüpfen, wo man aufgehört hatte.[31] Die SPD erfuhr großen Zulauf, listete 1948 in Schleswig-Holstein astronomische 90 000 Mitglieder, bevor die Zahlen wieder drastisch zurückgingen, nicht zuletzt wegen der Währungsreform, nach der man sich ungern von der teuren D-Mark trennte.

Drei Rekrutierungsgruppen lassen sich für den Wiederaufbau der sozialdemokratischen Eliten kennzeichnen:[32] Zunächst, und deutlich dominierend, die Gruppe der Alteingesessenen, jener also, die vor 1933 bereits auf mittlerer Ebene gewirkt und entweder in Deutschland überwintert hatten oder verfolgt worden waren, so wie Andreas Gayk oder Hermann Lüdemann. Die zweite Gruppe bildeten Flüchtlinge und Vertriebene, meist wieder ehemals aktive Sozialdemokraten aus Mittel- und Ostdeutschland wie Max Kukil, Anni Krahnstöver und Wilhelm Käber. Immerhin sieben der 43 SPD-Abgeordneten des ersten gewählten Landtages gehörten zu dieser Gruppe, ihr Anteil war höher als in der CDU-Fraktion, vom heimatverbundenen SSV ganz zu schweigen. Eine dritte Gruppe bildeten die Remigranten, die Heimkehrer aus dem politischen Exil. In Lübeck Paul Bromme, in Kiel Richard Hansen, beides Persönlichkeiten des skandinavischen Exils. Hansen würde von 1948 bis 1959 als Geschäftsführer der SPD-Landesfraktion wirken. Auch Rudolf Katz, der, jüdischer Herkunft, in Kiel Jura studiert und in Altona als Rechtsanwalt und Kommunalpolitiker gewirkt hatte, über China ins US-amerikanische Exil gegangen war, kehrte nach Deutschland zurück und wirkte von 1947 bis 1950 als Landesjustizminister, später als Richter am Bundesverfassungsgericht.Aus vielen Quellen wissen wir von Konflikten zwischen den drei genannten Rekrutierungsgruppen und insbesondere von heimatlichen Ressentiments gegenüber Remigranten und Flüchtlingen.[33]

1947 bilden Andreas Gayk, Erich Arp, Hermann Lüdemann und Bezirkssekretär Heinrich Fischer das, wie Martens sich ausdrückt,

31 Vgl. Martens (wie FN 5), S. 151-172.
32 Vgl. Martens (wie FN 5), S. 235-244.
33 Vgl. Martens (wie FN 5), S. 417.

Hermann Lüdemann (links) und Bruno Diekmann

„Führungsquartett“ der regionalen SPD.[34] Lüdemann überlässt Gayk bei der Kandidatur zum Ministerpräsidenten den Vortritt, erwartungsgemäß verzichtet dieser. Aber Lüdemanns Kalkül, dass er sich damit die Richtlinienkompetenz gesichert habe, geht nicht auf: Als Gayk 1948 auch noch den Bezirksvorsitz übernimmt, ist nicht zu übersehen, wer die mächtigste Figur ist. Im September 1948 bringt Gayk seinem Ministerpräsidenten im Landtag bei der Frage der Länderneugliederung eine empfindliche Abstimmungsniederlage bei. Zwei Monate später notiert das Bezirksvorstandsprotokoll die Bemerkung Gayks, der Ministerpräsident sei durch „bedeutsame Schwächen“ gekennzeichnet. Hier wird beschlossen, dass Lüdemann sich fortan repräsentativen Aufgaben widmen, während Wirtschaftsminister Diekmann die Regierungsarbeit koordinieren solle. Als Lüdemann im Frühjahr 1949 im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe zum Ausbau des Gästehauses der Landesregierung wohl zu Unrecht ins Gerede kommt, weil sein Schwiegersohn die Bauleitung inne hat, verliert der intellektuelle Ministerpräsident trotz seiner Reputation als ehemaliger preußischer Staatsminister sowie als NS-Verfolgter den politischen Rückhalt. Nach der enttäuschenden Bundestagswahl im August 1949 erfolgt der Sturz, er ist das Werk Gayks.[35] Nachfolger wird Gayks getreuer Mitstreiter Bruno Diekmann. Einige Jahre bleibt Lüdemann Landtagsabgeordneter, propagiert seine Nordstaats-Idee und tritt für eine Erneuerung der SPD ein, unter anderem durch eine „Tribüne des Sozialismus“, auf der „Grundsatzfragen der Demokratie“ aus linker Perspektive erörtert werden sollten.

34 Vgl. Martens (wie FN 5), S. 262-366.
35 Vgl. Martens (wie FN 5), S. 411f, 398, 376-380, 361f; Fischer (wie FN 6), S. 152f, 173-179.

Rechte Seite: Andreas Gayk

Statt viele weiter Personalien aufzuzählen, will ich nur auf ein agiles Freundespaar verweisen, das wie Lüdemann durch Originalität auffiel und nicht ins Rechts-Links-Schema passte: Denn während der Nationalökonom Richard Schenck, 1947 bis1949 Landesfinanzminister, bis er im Zusammenhang mit der Befriedung des Grenzkonfliktes als nicht mehr haltbar galt, mit auffallend nationalen Tönen auftrat und als Vorsitzender des Heimatbundes 1950 – 1952 wenig Zweifel aufkommen ließ, was er von neuen Rechten und alten Zielen der dänischen Minderheit hielt,[36] stand Landwirtschaftsminister Erich Arp eher im Verdacht, zu eng mit Kommunisten, Funktionären der SBZ und Redakteuren des kommunistischen „Norddeutschen Echo“ zu kooperieren.[37] Beide waren Querdenker, diskutierten zusammen in der „sozialistischen Arbeitsgemeinschaft“ in Hamburg Grundsatzfragen, Arp propagierte schon 1947, zwölf Jahre verfrüht, die Idee einer sozialdemokratischen „Volkspartei“. Schenck und Arp gerieten auch ins Visier der Briten. Als Arp Kartoffellieferungen für Berlin hintertrieb, bahnte sich das Finale an: Im Herbst 1948 wurde er aufgrund unzulässiger Kontakte in die SBZ gestürzt, im Bezirksvorstand erklärte der Vorsitzende Gayk am 24. Januar 1949 apodiktisch: „Fest steht, Arp ist ein Verräter.“[38] Arp verließ Landtagsfraktion und Partei, vorübergehend.

Ein Quellenfund von Martens zeigt, dass Andreas Gayk Ende November 1948 sogar versuchte, den britischen Geheimdienst gegen ein linkes Parteimitglied, nur vermutet werden kann Arp, in Stellung zu bringen:[39] Da es keine politische Polizei in Deutschland mehr gebe, sei er, so Gayk gegenüber seinem Gesprächspartner, auf diese sonderbare geheimpolizeiliche Unterstützung angewiesen.

Zuletzt also Worte zu Andreas Gayk: Er vereint markante Eigenschaften, darunter Integrität und Popularität, Härte und Autorität, Führungsstärke und Kampfesfreude. 1948 erlangt er den Höhepunkt seiner Macht, als er das Hauptamt des Oberbürgermeisters mit den Rollen des Landtagsfraktionsvorsitzenden und des Bezirksvorsitzenden der SPD vereint. Er verbindet den Pragmatismus des anpackenden Aufbaus mit einer strategischen Programmatik des gesellschaftlichen Umbaus. Beides wurzelt tief in seinen frühen politischen Erfahrungen. Immer wieder bringt er traumatische Erinnerungen an die erste deutsche Republik an, wenn er den politischen Willen zur Macht beschwört.[40]

Im Dreiecksverhältnis von Regierung, Fraktion und Partei haben während der Ägide Gayks die beiden Letztgenannten das Sagen. Das Diktum des neuen Bezirksvorsitzenden lautet 1948 kurz und bündig: „Es muss jedem sichtbar sein, dass die Partei führt.“[41] Ab Ende dieses Jahres, mit der Teilentmachtung Lüdemanns, vollzieht man einen einfachen organisationspolitischen Schritt: Fortan tagen Bezirksvorstand und Kabinett nicht mehr getrennt, sondern in gemeinsamen Sitzungen von Partei und Regierung. Unverkrampfter lässt sich mit Macht nicht umgehen. Ab 1950 zieht Gayk sich partiell zurück, konzentriert sich auf sein Wirken als Oberbürgermeister, bevor er nach schwerer Krankheit 1954 verstirbt.[42]

36 Vgl. Erich Hoffmann: Grundzüge des grenzpolitischen Wirkens Dr. Richard Schencks, in: Zeitschrift für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 107, Neumünster 1982, S. 155-290.

37 Vgl. auch zum folgenden Martens (wie FN 5), S. 541, 362ff, 369-375, 399-411.

38 Zit nach Martens (wie FN 5), S. 408.

39 Vgl. Martens (wie FN 5), S. 404.

40 Vgl. Wortprotokoll (wie FN 12), S. 32; Martens (wie FN 5), S. 464f.

41 Zit. nach Martens (wie FN 5), S. 386; vgl. S. 379f.

42 Vgl. zu Gayk außerdem bei Martens (wie FN 5), S. 329-337, 362-399, 454-476.

6. Welchen Handlungspielraum haben Akteure, die nicht wirklich an die Lebensfähigkeit ihres Landes glauben können, deren gesellschaftlicher Umbau von der Besatzungsmacht ausgebremst wird, die mit der Bewältigung von Nöten, dem Kampf um verbliebene Wirtschaftspotentiale und der Schaffung neuer Strukturen und Institutionen im Alltagsgeschäft gebunden sind ?

Anrührend ehrlich mutet eine Regierungsbroschüre aus dem späten Jahr 1949 an, die unter dem Titel „Kleines Land. Große Sorgen“ „Schleswig-Holstein. Seine Arbeitslosigkeit, sein Wirtschaftsausbau“ präsentiert. „Hunderttausende sind arbeitslos“ beginnt sie, und: „In Schleswig-Holstein ist die Arbeitslosigkeit am größten !“[43] Zwar seien viele Arbeitsplätze neu geschaffen worden, ja könne man von etwa 300 000 neuen Arbeitsplätzen seit 1945 ausgehen, aber die Not sei groß und es bleibe viel zu tun. Die Broschüre endet: „Schleswig-Holstein ruft ! Werkanlagen stehen bereit und … Arbeitskräfte warten !“[44] Das war keine Optimismus verbreitende Image-Werbung, sondern ehrliche Politik, die mit den Folgen der Währungsreform zu kämpfen hatte. Es war der Beginn der Defensive.

Auf die Bundestagswahl im August 1949, bei der die SPD in Schleswig-Holstein zehn Prozentpunkte verloren hatte und auf 29,4 Prozent abgesunken war, reagierte eine zunehmend pessimistische Landespartei mit Taktiererei und harten Angriffen auf die politische Konkurrenz, während CDU, FDP und die rechtsradikale DP das Wahlbündnis ‘Deutscher Wahlblock’ planten, um gemeinsam anzutreten und nach dem Mehrheitswahlrecht zu gewinnen. Die SPD-Landtagsfraktion antwortete mit dem Landeswahlgesetz:[45] Ausgleichmandate sollten nur Parteien erhalten, die in allen Wahlkreisen kandidierten, damit war das Prinzip des Wahlblocks in Frage gestellt. Außerdem setzte die SPD auf eine weitere Erhöhung des Anteils der Direktmandate; sie ging von einem Durchmarsch aus. Das in zwei Verfahren angerufene Oberverwaltungsgericht genehmigte zwar das Wahlgesetz, unterstrich aber die Zulässigkeit des Zusammenschlusses im „Deutschen Wahlblock“. – Von nun an ging es bergab.

Der Wahlkampf 1950 wies nicht mehr ansatzweise die Souveränität der Kampagne des Jahres 1947 auf. Die SPD setzte Materialien der Landesregierung ein und der Kauf von zwei Filmvorführgeräten deutet an, dass der regierungsamtliche Werbefilm „Wo ein Wille ist“ nicht nur als Vorfilm in den Kinos lief, sondern auch auf im Parteiwahlkampf Verwendung fand. Dieser Film an sich ist schon bemerkenswert. Ich will es nur andeuten: Autor Garms dreht mit erkennbarer künstlerischer Freiheit, oder wie man auch sagen könnte: indem er sein Publikum dort abholt, wo es steht, einen Film über die Aufbauerfolge der Regierung. Psychologisch nicht ungeschickt, mit Anspielungen, über die man lieber nicht nachdenken sollte, den Zeitgeist sensibel aufnehmend – aber nicht offensiv und selbstbewusst eine Bilanz spiegelnd. Eine Dynamik des ‘Weiter so’ will einfach nicht rüberkommen.

43 Landesregierung Schleswig-Holstein (Hrsg.): Schleswig-Holstein. Seine Arbeitslosigkeit. Sein Wirtschaftsausbau, Kiel o.J. (1949), S. 5.
44 Schleswig-Holstein (wie FN 43), S. 23f.
45 Vgl. Martens (wie FN 5), S. 433ff.
46 Zit. nach Martens (wie FN 5), S. 446.

Titelblatt der regierungsamtlichen Bilanzbroschüre 1949

Den Entwurf für das Wahlprogramm haben zwei Referenten der Landesregierung erarbeitet. Michael Freund, von Andreas Gayk nach Kiel geholter Politikprofessor, kritisiert den Text als ein bürokratisches Opus, man möge beim Überarbeiten einen „eigentümlichen und elektrisierenden Akzent“ suchen.[46] Der Bezirksvorstand reagiert, sehr spät erarbeitet man das „Schleswig-holsteinische Manifest“,[47] mit einer Struktur, wie von Michael Freund empfohlen, nämlich der Gegenüberstellung geleisteter und zukünftiger Regierungsarbeit.

„Land in Gefahr !“ heißt es da, und weiter: „Schleswig-Holstein ist ewig bedrohtes Land. Tag für Tag muß es gegen das Meer verteidigt werden. … Von hier aus könnte sonst leicht das deutsche Verderben seinen Ausgang nehmen. Deutschland wird in Schleswig-Holstein verteidigt.“[48] Und über die rechte DP wird der Bogen zum Wahlblock geschlagen: „Wer den Rechtsblock wählt, wählt den Untergang Deutschlands !“[49] Daher warne die Sozialdemokratie – in Anspielung an 1933 – zum zweiten Male: „Rettet Deutschland vor dem Untergang !“[50]

47 Landtagsfraktion der SPD (Hrsg.): Schleswig-holsteinisches Manifest, Kiel o.J. (1950).
48 Manifest (wie FN 47), S. 3.
49 Manifest (wie FN 47), S. 4.
50 Manifest (wie FN 47), S. 4.

Auszug aus der regierungsamtlichen Bilanzbroschüre 1949

In Schleswig-Holstein ist die Arbeitslosigkeit am größten!

Am 31. März 1950 wurden in Schleswig-Holstein rd. 235 000 Arbeitslose gezählt, davon 165 000 Männer und 70 000 Frauen. Am stärksten sind von der Arbeitslosigkeit die Flüchtlinge betroffen: auf sie entfielen 57,5 v. H. der Arbeitslosen, obwohl sie nur 43 v. H. der Gesamtbevölkerung darstellen. Dabei ist der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtzahl der Arbeitslosen auf dem Lande größer als in den Städten: er ist beispielsweise im Landkreis Flensburg mit 73 v. H. am höchsten, in der Stadt Kiel dagegen mit nur 33,9 v. H. am niedrigsten.

Setzt man die Zahl der Arbeitslosen Schleswig-Holsteins mit der Gesamtzahl der Arbeitnehmer in Beziehung, dann ergibt sich,

daß von 100 Arbeitnehmern, d. h. 100 Personen, die auf eine Beschäftigung als Arbeiter, Angestellte oder Beamte angewiesen sind, am 31. März 1950 28,2 arbeitslos waren.

Mehr als jeder vierte Arbeitnehmer war also in Schleswig-Holstein am 31. März 1950 ohne Beschäftigung. Berücksichtigt man auch die Angehörigen der Erwerbslosen, so kann man sagen, daß mehr als ein Viertel der Bevölkerung Schleswig-Holsteins durch die Arbeitslosigkeit mehr oder weniger betroffen ist.

In keinem anderen Lande Westdeutschlands hat die Arbeitslosigkeit einen derartigen Umfang angenommen. In Niedersachsen entfielen zur gleichen Zeit auf 100 Arbeitnehmer nur 19,8 Erwerbslose, in Bayern 17,2. Es folgen dann Hamburg mit 13,8 und in

6

Wir wollen zwar nicht vergessen, dass sich hier vor kurzem noch Verfolgte äußern. Aber: Souveränität drückt diese Demagogie nicht aus. Und positives Feeling, wie wir heute sagen würden, strahlt sie auch nicht ab.

Durchaus im Sinne moderner politischer Vermittlung werden anschließend jeweils die Lage im Jahr 1947, die Leistungen seither und konkrete Zukunftsaufgaben notiert: 60 000 neue Arbeitsplätze sollen in der nächsten Legislaturperiode entstehen, 75 000 öffentlich geförderte Wohnungen, 10 000 Siedlerstellen auf dem Bodenreformland, die Massenlager für Heimatvertriebene aufgelöst, mehrere 100 000 Flüchtlinge in andere Bundesländer umgesiedelt werden. 1000 neue Lehrerstellen werden versprochen, die Reduktion der Klassenstärke auf 40, zudem sollen 400 neue Klassenräume geschaffen werden. Wir hören: Noch wird aufgebaut und nicht verwaltet!

Die Entnazifizierung sei „voll des methodischen Wahnwitzes“ gewesen, ab jetzt gelte der Grundsatz „Beurteilung der Menschen

Auszug aus der regierungsamtlichen Bilanzbroschüre 1949

nicht nach ihrer Vergangenheit, sondern nach ihrer tätigen Mitarbeit in der Gemeinschaft und der Demokratie.“[51] Weniger populistisch findet die Minderheitenerklärung der Landesregierung als „ein Schriftstück von europäischer Bedeutung“ Erwähnung. Für die Zukunft gelte „Grenzarbeit statt Grenzkampf!“[52]

Das Manifest endet unter der Überschrift „Volk in Gefahr“ mit düsterer Drohung: „Jede Stimme für den ‘Deutschen‘ Block verwandelt sich in ein soziales Todesurteil für einen deutschen Menschen.“[53] All dieses möge man bedenken und handeln: „Gib auch du deine Stimme der Sozialdemokratie“.[54]

Das Wahlergebnis der Landtagswahl am 9. Juli 1950 ist ein Fiasko.[55] Allein der erst Wochen zuvor gegründete Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, BHE, erreicht 23,4 Prozent der Stimmen und 15 Landtagssitze. Der Deutsche Wahlblock gewinnt 31 der 46 Wahlkreise, die Sozialdemokratie nur acht. Von insgesamt 69 Sitzen im Landtag hält die SPD-Fraktion fortan nur noch 19, mit 27,5

51 Manifest (wie FN 47), S. 25.
52 Manifest (wie FN 47), S. 26.
53 Manifest (wie FN 47), S. 29.
54 Manifest (wie FN 47), S. 30.
55 Vgl. Martens (wie FN 5) S. 450f; Danker (wie FN 9), S. 257.

Titelblatt des SPD-Wahlprogramms 1950

Prozent der Stimmen. Schlimmer hätte es kaum kommen können. Und: Mit etwas Distanz kann man das Wahlergebnis nach dem gesetzgeberischen Taktieren auch als ausgleichende Gerechtigkeit werten.

Wie würde es weiter gehen?[56] Schon im Vorfeld der Wahl hatten Sozialdemokraten sensible Kontakte geknüpft, über eine Koalition mit dem BHE spekuliert und sogar wahltaktische Gespräche mit der rechtsextremen, später verbotenen SRP geführt. Auch wenn das nicht die Parteispitze verantwortet, wirft es die Frage auf, wozu drohender Machtverlust doch verleiten kann! Lüdemann kommentierte das Wahlergebnis wie folgt: „Schleswig-Holstein ist für lange Zeit (fast möchte man sagen für immer) für die SPD verloren.“[57] – Es würden tatsächlich 37 Jahre werden. Ein Zeitraum, der den Zeitgenossen nicht klar war: Nach der Landtagswahl wurde innerhalb der SPD-Spitze ausgiebig darüber diskutiert, ob eine Koalition zwischen

56 Vgl. zum folgenden Martens (wie FN 5), S. 450-468.
57 Zit. nach Martens (wie FN 5), S. 451.

Auszug aus dem SPD-Wahlprogramm 1950

Land in Gefahr!

Schleswig-Holstein ist ewig bedrohtes Land. Tag für Tag muß es gegen das Meer verteidigt werden.

Schleswig-Holstein könnte aber auch die Einbruchsstelle in Deutschland für das Meer der politischen Zerstörung werden. Im ärmsten deutschen Land ist die größte Anstrengung nötig, um das Unheil zu bannen. Von hier aus könnte sonst leicht das deutsche Verderben seinen Ausgang nehmen.

Deutschland wird in Schleswig-Holstein verteidigt.

Klare Entscheidung tut not. Wer nicht wider die rechtsradikalen Zerstörer ist, der ist für sie. Wer ein Feuer nicht löscht, ist nicht besser als der Brandstifter.

Ein „Deutscher Block“ wirbt um die Stimme des Wählers. Zu ihm gehört dieselbe DP, die noch vor Jahresfrist einen haltlosen Abenteurer wie Hedler in den Bundestag gebracht hat. Weiß denn wer, was dieser verschwommene deutsche Block ist?

Man vertraut seine Kinder keinem Unbekannten an.
Das Land braucht Männer und nicht Zwitter.

Wähler in Schleswig-Holstein, frage Dich:

Hat Deutschland noch nicht genug Trümmer?

Haben wir noch nicht genug Mütter, die ihre Söhne beweinen?

Sind noch nicht genug Menschen am Sklavendasein der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zerbrochen?

Sind noch nicht genug deutsche Frauen Freiwild der russischen Soldateska gewesen?

Ist es an diesem einen blutigen Abenteuer des Dritten Reiches noch nicht genug?

3

SPD, BHE und ausgerechnet SSW (!) möglich scheine; auch wurde erwogen, eine SPD-, BHE-, und FDP-Koalition zu bilden. Nur eines lehnte der Bezirksvorsitzende Andreas Gayk mit apodiktischer Härte ab:[58] Die Überlegung einer Koalition zwischen Sozialdemokratie und deutschem Wahlblock, denn zu diesem gehörte die rechtsradikale DP, mit der er unter keinen Umständen paktieren würde.

Die nach langen Verhandlungen vom Deutschen Block zusammen mit dem BHE gegründete Regierung Bartram begann mit einer aus der Retrospektive kaum nachvollziehbaren Chuzpe: Das Tage nach Regierungsaufnahme verabschiedete Entnazifizierungs-Schlussgesetz steht dafür, auch die Verfassungsänderung mit der Streichung von Boden- und Schulreform. Aber all das ist ein anderes Thema.

7. Unsere vorsichtige Bilanz fällt ambivalent aus. Wir haben Fleiß, Engagement und unbestreitbare Leistungen erwähnt. Aber der gesellschaftliche Umbau jenseits des Bildungsbereichs blieb stecken:

58 Vgl. Martens (wie FN 5), S. 383.

Bodenreform und Sozialisierungsgesetz wurden von ihren Initiatoren überschätzt, aber gerade deshalb gehörten sie zur Negativbilanz. Die Flüchtlingspolitik hatte sich als Dilemma erwiesen: Die richtige Erkenntnis des endgültigen Heimatverlustes und die daraus abgeleitete Umsiedlungs- und Integrationspolitik führte aus psychologischen Gründen gerade bei ihren Nutznießern zur Abwehr und Abkehr: Die ehrlich-realistische Flüchtlingspolitik der SPD legte den Grund für ihr Scheitern. Das muss man wohl so nüchtern festhalten.

Auch sonst mögen Fehldeutungen eine Rolle gespielt haben: Martens verweist darauf, dass der Wahlsieg 1947 eben nicht darauf basierte, dass eine Mehrheit der Wähler den gesellschaftlichen Umbau forderte. Im Gegenteil: Der SPD sei es nicht gelungen, ihren Öffnungserfolg auf Dauer zu verteidigen. Jedenfalls nicht mit ihrer Politik.

Und dann gilt wohl auch: Wer nicht an die Zukunft des eigenen Landes glauben will und wirklich dramatische Arbeitsmarktzahlen beklagen muss, kann keinen Optimismus transportieren, keinen wie 1947 tragenden Aufbauwillen, sondern trägt schnell verhärmte Züge rechthaberischer Defensive und aggressiver Abwehr der vermeintlich schlimmen Konkurrenten. Die allgemeine Stimmung verlagerte sich in Richtung Optimismus, diesen Wandel aber missachtete die SPD.

Dass sie dem Zeitgeist in der Schlussstrichdebatte oder bei neuen nationalistischen Tönen im Kontext der Spaltung der Welt und auch dem neoliberalen Wirtschaftsgerede meist nicht folgen mochte, ehrt sie.

Ihr beschriebener Umgang mit der Macht aber deutet in eine Richtung, die nur begrenzt schönzureden ist. Denken wir an das Geheimpolizei-Beispiel: So agiert, wer integer, seiner Sache sehr sicher, aber autoritär veranlagt ist, das wollen wir gern Gayk unterstellen, so agiert aber auch, wer eben nicht integer, seiner Sache eben sehr unsicher und wenig souverän ist, das müssen wir später etwa einem Barschel unterstellen.

Aus guten Gründen will man so etwas gar nicht haben. Deshalb reagiert unsere politische Kultur inzwischen sehr sensibel darauf. Andererseits wollen wir nicht vergessen, dass in den 1940er Jahren vorsichtiges Misstrauen gegenüber vielen durchaus berechtigt war. In der Landespolitik agierten Leute, die sich als NS-Mörder entpuppten oder als SS- und Volksgerichtshofs-Funktionäre.[59] Das Feld des gegenseitigen Ver- und Misstrauens, wenn es um die jüngste Vergangenheit ging, war – auch innerhalb der Parteien bis hinein in die SPD – ein sehr komplexes. Aber dieses sensible Fass mache ich nicht auf.

Gemeinsame Sitzungen von Parteivorstand und Regierung, Landtagswahlprogrammentwürfe von Regierungsreferenten, amtliche Wahlkampfmaterialien, Machtmissbrauch bei Wahlgesetzgebung, all das scheinen uns inzwischen kulturell überwundene Dinge, die in der demokratischen Aufbauphase – allerdings auch in den Jahrzehnten danach – beinahe selbstverständlich schienen. Die zu-

59 Vgl. Uwe Danker: Der Landtag und die Vergangenheit. Das Thema „Vergangenheitsbewältigung" im Schleswig-Holsteinischen Landtag 1947-1992, in: DG 17 (2006), S. 187-208.

nehmende Sensibilisierung in diesen Fragen hat gerade auch mit schleswig-holsteinischen Erfahrungen zu tun, die ich aber ebenso wenig streifen will wie die weitere Geschichte der sozialdemokratischen Landespolitik, die so spannend wie weitgehend unerforscht zugleich ist.

Ein Festredner muss nur eines noch schaffen, die Kurve zu einem positiven Ende. Aber die liegt auf der Hand. Ich bilde eine Analogie zwischen der heutigen Ausgangslage und jener im Jahr 1947: Damals wie heute beziehungsweise im nächsten Wahlkampf startet sozialdemokratische Landespolitik aus der Rolle des Juniorpartners in einer großen Koalition. Wenn das nur annähernd so erfolgreich ausgeht wie 1947, dann ist alles gut.